

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 5

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

losigkeit verdammt sind, können ihr Beispiel nur für morgen geben. Und morgen kann in diesem Fall intakter absolutistischer Machtstrukturen vielleicht drei Generationen später bedeuten. Wahrscheinlich wird dereinst die reifgewordene Revolution eine riesige Zahl von schwach und gutmütig gewordenen Epigonen lynchen (wie immer), wogegen die heutigen Breschnews wahrscheinlich nur die Intrigen ihrer Mitfaschisten im Apparat zu befürchten haben.

«Samisdat» wird politisch und — antikommunistisch

Im Sinne einer Weichenstellung für eine unbestimmte Zukunft sind freilich auch und gerade die heutigen Manifestationen des Widerstandes Geschichte. So etwa die Leistungen des «Samisdat» (die Verbreitung unliebsamer Manuskripte über Durchschläge, die von jedem Bezüger vermehrt werden). Shub macht die aufschlussreiche Feststellung, dass der «samisdat» seit der akuten Restalinisierung eine qualitative Veränderung erfahren hat:

«In den letzten zwei Jahren hat sich der Inhalt seiner Veröffentlichungen eindeutig gewandelt. Anstelle rein kultureller Themen werden politische Fragen behandelt, und die verbotenen literarischen Werke sind von Uebersetzungen antikommunistischer Klassiker des Auslandes abgelöst worden.»

Tja, entgegen allem hiesigen Anschein ist der Antikommunismus eben doch ein zeitgemässes Bedürfnis — dort, wo man den Kommunismus kennt. Und entgegen den hiesigen Kontrastinterpretationen ist er übrigens auch identisch mit Antifaschismus, was uns jene Sowjetschriftsteller bestätigen, die ausgebürgert sind und es sich just deshalb erlauben können, zu sagen was sie denken.

Vom angeblich «unmöglichen» Zweifrontenkrieg gegen China und den Westen

Was die unmittelbaren Aussichten des in den letzten zwei Jahren bewusster gewordenen Widerstandes sind, ist Skepsis berechtigt. Dass viele westliche Erwartungen im wörtlichen Sinne voreilig sind, macht Shub in seinem abschliessenden Aufsatz grundsätzlich und an einem Beispiel der Aussenpolitik deutlich:

«Aber schon bei Diskussionen über die nähere Zukunft kommen Leute aus dem Westen häufig zum Schluss, so könne es nicht weitergehen. Dennoch kann es weitergehen und geht es häufig auch. Zu oft haben russische und sowjetische Geschichte Veränderungen und Alternativen während Jahren hinausgeschoben. Im Westen dagegen wären sie nach Tagen, Wochen, spätestens aber nach Monaten «unabweichlich» und «unabwendbar» geworden.»

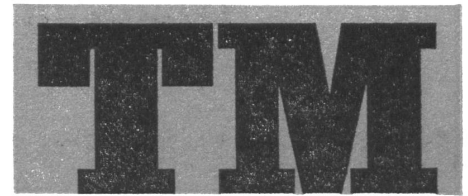
Ein höchst eindeutiges Beispiel mag das erhärten: Bereits vor 10 Jahren war es dem Westen klar, dass der Kreml «nicht immer» mit dem politischen Zweifrontenkrieg — gegen China und gegen den Westen — fortfahren könne... «Ueber kurz oder lang müssen sie sich entscheiden», versicherten Leute im Westen, osteuropäische Kommunisten und sowjetische Intellektuelle — und sie wiederholen es ständig seit einem Jahrzehnt.

Aber das Politbüro Breschnews hat noch immer keine solche Entscheidung gefällt. Unfähigkeit Washingtons und Pekings zu einer Zusammenarbeit erleichterte in grossem Masse dieses Ausweichen vor der «klaren Alternative». Eine amerikanisch-chinesische Zusammenarbeit hingegen könnte den Kreml schachmatt setzen.»

Tatsächlich ist Moskau in den letzten Jahren sowohl in Richtung Westen als auch in Richtung China immer herrischer aufgetreten und hat dabei erst noch die grösste Machtexpansion der russischen oder sowjetischen Geschichte betreiben können, völlig ungestraft. Das scheinbare Paradox des Zweifrontenkrieges erklärt sich allerdings aus der Tatsache, dass die westliche «Front» ja gar nicht besteht, es sei denn als alleingige sowjetische Front, während der Westen auf eine seinerseitige Frontbildung verzichtet.

Zum westlichen Verhalten der Sowjetunion gegenüber sagt Shub:

«Vom Westen aus gesehen mag das Problem auch bei seinen Beobachtern selbst liegen. Einer von ihnen umschrieb dies letzten Herbst folgendermassen: «Wir sind geläht durch das überlieferte professionelle und gefühlsmässige Interesse, das eine ganze Generation von Meinungsmachern und Diplomaten während der Entspannung erworben hat. Genauso erstarrt waren wir durch eine Generation von kalten Kriegern, als



Tatsachen und Meinungen

Anatol Shub

Moskau stellt die Uhr zurück



die sowjetische Lage nach Stalins Tod wirklich offen war.»

Es besteht eine merkwürdige Symmetrie zwischen heute und dem Jahr 1953. Damals hatte John Foster Dulles eine von Churchill geforderte Gipfelkonferenz verhindert. Im letzten Herbst, nach der sowjetischen Invasion in der CSSR, hatte Präsident Johnson vergeblich auf ein Spitzentreffen mit der Sowjetunion gehofft. In beiden Fällen schienen vorgefasste Ideen und innenpolitische Erwägungen entscheidend — verkannt aber wurde die sowjetische Wirklichkeit.» Nun ja. Die westliche Vorliebe, jene Politik heute anzuwenden, die gestern richtig gewesen wäre, ist das eine. Das andere ist wohl auch die verbreitete Eigenschaft des Menschen, sich just dann höflich und freundlich zu verbeugen, wenn sein herantretendes Gegenüber besonders widerwärtig, besonders aggressiv und besonders stark ist. Wie in den dreissiger Jahren Hitlers Deutschland. Wie in den siebziger Jahren Breschnews Russland. cb

Der Buchtip

Georg Lukacs: «Geschichte und Klassenbewusstsein», Neuwied und Berlin 1968

Der ungarische Philosoph und Aesthetiker ist heute wohl einer der wenigen Denker, der als orthodoxer Marxist sowohl nach Osten als auch nach Westen sprechen und Einfluss nehmen kann. Zusammen mit Bloch gehört er zu den Dioskuren, die vom Sozialismus eine menschliche Welt erhoffen, sie denkend zu verändern suchen. Während Bloch den «Geist der Utopie» schrieb, entstand Lukacs «Geschichte und Klassenbewusstsein», seine Studien über marxistische Dialektik (1923). Einen historischen Atemzug lang bildeten sie die Stufe, «über die die gesamte

radikale Intelligenz der Welt den Weg zum Marxismus und Fortschritt antrat» (F. Benseler). «Geschichte und Klassenbewusstsein» war der tiefgreifendste Versuch, das Revolutionäre an Marx durch eine Erneuerung und Weiterführung der Hegelschen Dialektik und seiner Methode wieder aktuell zu machen. Die historische Bedeutung und Wirkung dieses Werks ist eines der wichtigen Probleme unserer Zeit: die Entfremdung. Lukacs behandelte sie zum erstenmal seit Marx als Zentralfrage marxistischer Kritik. Heidegger griff sie auf und rückte sie ins Zentrum der philosophischen Diskussion. Ihre Weiterwirkung findet sich im marxistisch-existentialistischen Denken der Nachkriegszeit. Heute wird das Problem der Entfremdung gleichermaßen von politisch-sozial Rechts- wie Linksstehenden anerkannt.

Der französische Raubdruck von «Geschichte und Klassenbewusstsein» erlebte innerhalb kurzer Zeit mehrere Auflagen. Die deutsche Ausgabe war sehr rasch vergriffen und wurde nie wieder aufgelegt. Doch der Nimbus des Buches lebte fort — bis 1968 der Luchterhand-Verlag diese grosse Lücke durch eine Neuauflage schloss. Nun liegt «Geschichte und Klassenbewusstsein» zusammen mit den andern wichtigen Frühschriften Lukacs der Jahre 1919—1928 vor. Für Lukacs ist diese Zeit identisch mit seinem Weg zu Marx, dem Versuch, den wesentlichen und dauernden Gehalt des Marxismus richtig zu erfassen.

«Geschichte und Klassenbewusstsein» ist mithin ein Stück marxistischer Geistesgeschichte — das wegzudenken unmöglich geworden ist.

E. Wolfensberger

Djilas und Mihajlov

Zur gleichen Zeit, da man in Jugoslawien Mihajlo Mihajlov aus dem Gefängnis entliess, wo er anscheinend nach Belieben lesen und schreiben konnte, entzog man Milovan Djilas den Reisepass.

Mihajlov hat sich in seinen eigenen kämpferischen Schriften immer für die Rehabilitierung von Djilas eingesetzt. Dabei ging es ihm nicht nur um dessen Person, sondern auch — und vor allen — um dessen Gedanken.

Der bald 70jährige Djilas ist ein Vorkriegsrevolutionär und ein überzeugter Kommunist, ein Intellektueller und Schriftsteller. Er war ein Führer der Partisanenbewegung gegen Hitler, ein Freund Titos, ein anerkannter Parteitheoretiker und Vizepräsident Jugoslawiens. Aber als er sich dem Monopol der Partei widersetzte, begannen seine Schwierigkeiten, die schliesslich in seine verschiedenen Verurteilungen mündeten. Die letzte Strafe musste er wegen der Veröffentlichung seines Buches «Gespräche mit Stalin» absitzen. Seit seiner Entlassung lebt er zurückgezogen.

Indessen geht es bei Djilas, wie auch bei Mihajlov, vor allem um Gedanken. Gedanken, wie sie auch, und eigentlich vor allem, eine sozialistische Gesellschaft ertragen sollte.

Mihajlov hatte seinerzeit bei uns seinen (in Jugoslawien dann inkriminierten) Beitrag, «Djilas und das heutige Jugoslawien» veröffentlicht. Mit einigen Auszügen wollen wir daran erinnern,

um was es in Jugoslawien ging und geht. Das sind keine Motive zur Zerstörung der jugoslawischen Gesellschaft, sondern zu ihrer Förderung. Mihajlov schrieb u. a. folgendes:

Im Volk ist der Namen Djilas mit dem Begriff «Neue Klasse» eng verbunden. Neue Klasse als herrschende Parteioligarchie. Dieser Begriff stammt aus seinem gleichnamigen wichtigsten Buch, welches sehr wenige Leute in Jugoslawien gelesen haben und über welches noch immer diskutiert wird. Im Volke ist ebenfalls die Meinung tief verwurzelt, dass Djilas nicht etwas Antisozialistisches und Gesetzwidriges getan hatte, wie auch de jure dieser mein Artikel nicht im Widerspruch zu den jugoslawischen Gesetzen steht. Djilas hat nicht gegen Sozialismus, Verfassung und Gesetze verstossen, sondern im Gegenteil verlangt, dass man die Verfassung respektiere. Nirgends in der jugoslawischen Verfassung und den Gesetzen ist der Begriff Sozialismus mit dem Einparteiensystem identifiziert. Jedermann ist heute in Jugoslawien bekannt, dass gerade der BdkJ die Verfassung und Gesetze missachtet, indem er mit allen Mitteln versucht, sein unnatürliches Monopol im sozialpolitischen Leben des Landes aufrechtzuerhalten. Den Menschen in Jugoslawien ist es ganz klar, gegen wen Djilas auftrat. Deshalb wird die Aufteilung für oder gegen auf der Linie geführt, die den demokratischen von totalitären, einparteilichen Sozialismus trennt.

Die Zeit ist gekommen, da man über das Phänomen Djilas sowie über die Wege zur Liquidierung des Einparteiensystems offen sprechen soll. In der letzten Nummer der jugoslawischen Zeitschrift für Sozialfragen, «Sozialismus», beginnt man offen den Djilas zugeschriebenen Begriff «Neue Klasse» zu gebrauchen (obchon dieser Begriff vom grossen russischen Philosophen Berdjajew bereits im Jahre 1923 formuliert wurde). Heute kann man in der sozialistischen Welt niemandem mehr etwas vom «Absterben des Staates» oder von der Verschmelzung der Partei in eine «allvölkische» und «selbstverwaltete» Gesellschaft erzählen. Wir wünschen, dass die jugoslawische Verfassung, die Gesetze und die Deklaration der Menschenrechte respektiert werden. Jene Dokumente, in welchen klar formuliert ist, dass der Mensch frei seine politische Meinung äussern, politische Versammlungen abhalten und politische Organisationen für legale Tätigkeit in der Gesellschaft ins Leben rufen darf. Wir unzähligen Sozialisten, die Nichtkommunisten sind, haben genug davon, ausschliesslich die kommunistische Presse zu lesen, aus welcher wir meistens über die Beschlüsse und Absichten nur eines einzigen Zentralkomitees zu erfahren haben, genug davon, in einer auf Ungerechtigkeit aufgebauten Gesellschaft zu leben, die es nur den Bürgern mit der kommunistischen Ideologie ermöglicht, sich in der Öffentlichkeit zu betätigen.

Briefe

Slansky: Der Märtyrer war selbst Henker gewesen

In Nummer 3/1970 erschien Michael Stemmlers Beitrag «Zum Slansky-Prozess bestellt». Ich las ihn mit grossem Interesse, musste aber zwischendrin immer daran denken, was Slansky in seinem Leben gegen Hunderttausende von unschuldigen Menschen verbrochen hat, nur weil diese zufallsweise von «falscher» Herkunft waren oder eine andere Meinung vertraten als die unter seiner Leitung stehende Kommunistische Partei. Er setzte sich rücksichtslos für die Liquidierung der personae non gratae ein, bis er schliesslich selber liquidiert wurde.

Slansky ist mit einer solchen Vergangenheit und einem solchen Schicksal nicht allein. In jedem kommunistisch regierten Land gibt es Slanskys in grosser Zahl. Ich erkenne es an: Es ist tragisch, von einer Gruppe liquidiert zu werden, für deren Tätigkeit man sich mit voller Energie eingesetzt hat. Aber diese Tätigkeit umschloss unmenschlichen Terror, an dem die späteren Opfer (auch Rajk in Ungarn usw.) führend teilgenommen hatten. Die im Sinne der Anklage ungerechten und verbrecherischen Urteile führten zu einer Strafe, welche diese exponiertesten Vertreter des Terrors aus anderen Gründen eigentlich verdient hatten.

Ich habe nichts dagegen, dass wir uns an diese Opfer des Kommunismus erinnern, aber die Tat-

sache, dass an ihnen ein Justizmord begangen wurde, darf nicht jene Verbrechen vergessen lassen, die sie tatsächlich begangen haben. Sie waren unschuldig im Sinne der Anklage, die ein ungerechtes Gericht erhob; sie wären schuldig gewesen im Sinne der Anklage, die ein gerechtes Gericht hätte erheben müssen. Und wenn wir den hingerichteten Henkern Studien widmen, müssen wir auch an ihre zahllosen Opfer denken, die wirklich unschuldig waren. J. Sz.

Unser TV-Kommentar

Erich Gysling hatte zweifellos recht, als er in seiner ausgezeichneten «Rundschau»-Sendung vom 18. Februar von einem Tauwetter im ungarischen literarischen Leben sprach. Die Zeit nach 1956 brachte trotz Repressalien neue Möglichkeiten für das geistige Schaffen der ungarischen Schriftsteller. Mit Mut begannen sie, Probleme anzupacken, die in andern osteuropäischen Ländern noch mit dem Schleier des Tabus belegt sind. Nachdem in der Sowjetunion stalinistische Tendenzen offensichtlich wieder Urständ feiern, hat nun allem Anschein nach die ungarische Literatur die Fackel des freien geistigen Schaffens übernommen. Sie leistet jene Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, die den Schriftstellern in der Sowjetunion verunmöglicht wird. Solchenizyns «Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch» wird in Ungarn denn auch als das beste Werk der nachstalinistischen Zeit betrachtet.

Sicher sind auch in Ungarn die Zeiten der Zen-

sur noch keineswegs vorbei. (Vielleicht sind sie im Gegenteil wieder im Kommen.) So etwas kann György Lukacs, der grösste lebende Marxist, seine Werke nur in ausgewählter Form veröffentlichen. Doch darüber kann und wird diskutiert — auch in führenden ungarischen Literaturzeitschriften, wo diese Situation als «absurd» bezeichnet wird.

Die Sendung des Schweizer Fernsehens zu diesem Thema war — wie gesagt — ausgezeichnet, was die Kommentierung von Erich Gysling betrifft. Was aber sollte der westdeutsche Film? Wenn er die Situation der ungarischen Schriftsteller und ihres Schaffens zeigen sollte, dann lag er gründlich daneben. Denn was gezeigt wurde, das waren unrühmliche Vertreter hoffentlich vergangener Zeiten, nämlich zwei Repräsentanten der Rakosi-Zeit, des ungarischen Stalinismus. Der eine, Staatssekretär Laszlo Orban, war Leiter der Propaganda-Abteilung des ZK unter Rakosi. Dieser betrieb Literaturpolitik mit den Mitteln der Geheimpolizei. Der zweite, der Journalist Ivan Boldizsar, hatte seine grossen Zeiten ebenfalls unter dem Rakosi-Regime. Kommen diese «grossen Zeiten» auch in Ungarn schon wieder?

Warum hat man sich ausgerechnet von zwei Genexponenten über die literarische Situation in Ungarn unterrichten lassen? Werden damit die Grenzen auch des ungarischen Tauwetters sichtbar? Wussten die Filmemacher vielleicht nicht, wer im ungarischen Literaturleben wer ist? Wurde die Katze bzw. der Film im Sack gekauft? Alles Fragen. Man täte in Zukunft gut daran, sich Filme erst anzusehen — und sie dann zu zeigen. Michael Csizmas